

Inhalt der Sitzung vom 22.06.2015

TOP Ö 2 Neubau von Gebäuden zur Unterbringung von Flüchtlingen

Die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegene Zahl von Flüchtlingen und Asylbegehrenden in Deutschland führt bei der übergangsweisen Unterbringung in den meisten Kommunen zu Engpässen, so dass zusätzliche Standorte durch Umnutzungen bestehender Gebäude oder Neubauprojekte geschaffen werden müssen. Dieser Umstand stellt auch die Gemeinde Plankstadt vor große planerische Herausforderungen. Aktuell gibt es im Wohnungsbestand der Gemeinde mit immerhin 190 Wohnungen keine freien Kapazitäten mehr. Eine dauerhafte Verbesserung der Situation kann nur durch die Schaffung neuer Unterbringungsmöglichkeiten erreicht werden. Unter Berücksichtigung der im vergangenen Jahr im Baugesetzbuch eingefügten Neuregelungen und Erleichterungen zur Errichtung von Flüchtlingsunterkünften hat die Verwaltung den gesamten Ortsbereich nach vorhandenen und kurzfristig verfügbaren Bauflächen überprüft. Weder in den Wohngebieten noch in den Gewerbegebieten konnten entsprechende Flächen gefunden werden. Aus Sicht der Verwaltung bietet einzig die kommunale Kleingartenanlage im Neurott mit insgesamt 93 Pachtparzellen sowohl die baurechtlichen als auch die bautechnischen Voraussetzungen für die Errichtung eines Neubaus. Die Verwaltung hat den Architekten Andreas Lerche gebeten, die betreffende Teilfläche auf deren Eignung zu prüfen und einen Bebauungsvorschlag zu erarbeiten. Der Vorentwurf wurde erstmals in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Technik und Bauangelegenheiten am 06.05.2015 vorgestellt und intensiv diskutiert. Insgesamt wurden 12 Gartenparzellen mit einer Gesamtfläche von ca. 1.500 m² überplant. Das geplante Gebäude beinhaltet die Errichtung von 12 Wohnungen (vier 3-Zimmerwohnungen und acht 2-Zimmerwohnungen) zur Unterbringung von 56 Personen. Die Pächter der betroffenen 12 Kleingartenparzellen wurden zu einer Besprechung am 28.05.2015 ins Gemeindezentrum eingeladen. Hierbei wurden die Gründe für die Kündigung der Gärten erläutert und die Zuteilung neuer Gartenflächen im Bereich der Altanlage in Aussicht gestellt. Wenn auch viele den Verlust ihres bisherigen Pachtgartens bedauerten, so wurde trotzdem der geplanten Maßnahme und der menschenwürdigen Unterbringung der Flüchtlinge viel Verständnis entgegen gebracht. Im Rahmen der Bürgerinformationsveranstaltung über das kommunale Unterbringungskonzept für Flüchtlinge am 03.06.2015 wurden die Pläne im Gemeindezentrum den anwesenden Bürgern vorgestellt. Auch hier wurde das Konzept der Verwaltung überwiegend zum Thema Integration umfassend diskutiert und viele Vorschläge vorgebracht. Um die kommunale Unterbringungsverpflichtung von Flüchtlingen auch in Zukunft zu gewährleisten, ist eine Entscheidung über den Standort und den Bau eines Gebäudes im Gemeinderat zu treffen und danach sind umgehend alle notwendigen Planungsschritte einzuleiten. Ein Antrag auf Förderung aus dem Programm „Wohnraum für Flüchtlinge“ wurde beim Regierungspräsidium bereits gestellt. Bei einem positiven Bescheid ist mit einer Förderung in Höhe von ca. 445.000 EUR zu rechnen.

Der zuständige Architekt, Herr Lerche, stellte die Planungen näher vor.

BGM Schmitt sagte, dass heute im LRA ein Sitzungstag des Gemeindetags stattgefunden hat. Dabei kam vom Landkreis die Aussage, dass die Aufnahmestellen voll sind und die Unterbringung in Turnhallen vermieden werden soll. Dies mache die drängende Situation deutlich. Er freute sich jedoch bekanntgeben zu können, dass gerade heute bei der Gemeinde den Zuwendungsbescheid über rd. 447.000 € für den Bau des Gebäudes eingegangen sei.

GR Prof. Dr. Weis (CDU) sagte, dass man grundsätzlich begrüße, dass alles so schnell ging. Er erkundigte sich, ob die Planungsleistungen nicht ausgeschrieben werden mussten?

BAL Boxheimer sagte, dass man beim Vergabeverfahren unterhalb der Wertgrenzen liege, so dass man ohne Ausschreibung einen Planer auswählen konnte. Da Herr Lerche die örtlichen Verhältnisse sehr gut kennt, fiel die Wahl auf ihn.

Weis fragte, ob es Entschädigungszahlungen an die Pächter gibt? BGM Schmitt verneinte dies mit dem Hinweis, dass das Abräumen der Gartenflächen die Gemeinde übernimmt.

GR Ulrike Breitenbücher (PL) fragte, warum man ein Flachdach plane und ob man da noch einen 3. Stock aufsetzen könne? Weiterhin fragte sie, wer bei Betrieb der Unterkunft die Nebenkosten zu tragen habe?

BGM Schmitt sagte, dass man ein Flachdach plane, weil das kostengünstig und optisch ansprechend ist. Die Nebenkosten werden durch den Kreis über die Sozialleistungen getragen oder von Mietern über die Betriebskostenabrechnung.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass es ein Erfolg sei die Fördermittel zu erhalten und wollte aber auch wissen, was das Bauvorhaben koste. BAL Boxheimer sagte, dass man bei 1,75 Mio. € zuzüglich 76.000 € Grundstückswert liege.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) fragte, ob der Spielplatz von der Straße durch einen Zaun abgetrennt werde, was von Architekt Lerche bejaht wurde. Dr. Klimpel-Schöffler fragte, ob man tatsächlich einen Spielplatz brauche, da der Vogelpark mit Spielplatz ja in direkter Umgebung liege. BGM Schmitt sagte, dass die LBO schlicht einen Spielplatz auf dem Gelände vorschreibt. Dr. Klimpel-Schöffler fragte, ob von dort alle Kinder in die Humboldtschule gehen, was von BGM Schmitt bejaht wurde.

GR Prof. Dr. Udo Weis (CDU) sagte, dass sich keine Gemeinde der sozialen Verantwortung entziehen könne. Er sprach ein Lob aus, da frühzeitig Öffentlichkeit durch die Informationsveranstaltung geschaffen wurde. Er betonte, dass es sich um Menschen handle, die das Anerkennungsverfahren hinter sich haben und dauerhaft bleiben. Man müsse diesen Menschen einen guten Start ermöglichen. Er sagte, dass die CDU allen ankommenden einen guten Start in Plankstadt wünsche und gab die Zustimmung.

GR Silke Layer (PL) sagte, dass man die Menschen in angemessenen Wohnräumen unterbringen müsse. Hier handle es sich um einen soliden und funktionalen Gebäudekomplex. Sie bedankte sich bei den Gartenpächtern für ihr Verständnis und gab die Zustimmung der PL.

GR Jutta Schneider (SPD) informierte über die Asylverfahren und die auf die Gemeinde zukommenden Personen. Sie kritisierte, dass man die im GMB ausgeschriebene Wohnung in der Eehaltstr. mit Asylbewerbern hätte bestücken können. Sie fragte, warum der BGM nicht dafür Sorge getragen habe, dass freiwerdende Wohnungen nicht reserviert werden? Bezüglich des Neubaus im Neurott sagte sie, dass das Zitat des BGM aus der Zeitung nur zum Teil richtig sei. Es gab keine einhellige Befürwortung der Kündigung der Gärten. Sie stellte weiter in Frage, ob der Bau ohne Unterkellerung und mit Flachdach tatsächlich qualitativ hochwertig sei. Es gäbe keine Wohnbebauung im Umfeld, was die Möglichkeit für Repressalien biete. Man brauche einen professionellen Betreuer vor Ort und es gebe noch kein Konzept eines Sozialbetreuers seitens der Verwaltung. Weiterhin könne von einer intensiven Besprechung im UTB nicht die Rede sein, denn es war max. 1 Stunde thematisiert. Die Folgebesprechung dauerte ebenfalls nur ca. 1 Stunde und die Bürgerversammlung war auf 20.30 Uhr terminiert. Sie sprach sich gegen eine zentrale Unterbringung aus, um eine Ghettoisierung zu vermeiden. Die jetzige Planung sei die 1. Reihe einer weiteren Bebauung. Sie gab die Ablehnung der SPD.

GR Sigrid Schüller (GLP) sagte, dass das Thema Flüchtlinge und Auswanderer seit jeher die Geschichte der Menschheit beherrscht. Die Zahl der Zuweisungen von Asylbewerbern durch den Landkreis ist nicht mehr mit vorhandenen gemeindeeigenen Wohnungen zu bewerkstelligen. Sie sprach die Bitte an alle Vermieter in Plankstadt aus, freie Wohnungen zu melden. Schüller sagte, dass kein Ghetto entstehen müsse, danach müssen alle schauen und die Flüchtlinge von Anfang an gut integrieren. Sie gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass dies keine dauerhafte Verbesserung der Lage darstelle. Dafür müsse man schon die wirtschaftlichen und politischen Ursachen bekämpfen. Die Verwaltung fokussiere sich alternativlos auf die Kleingärten. Dabei seien die entstehenden Kosten ganz schön happig und an eine Fertigstellung sei vor Ende 2016 nicht zu denken. Er sah die Gefahr der Entstehung einer Splittersiedlung und fragte, ob es tatsächlich keine anderen Möglichkeiten in Plankstadt gebe? Man solle rausgehen, Richtung Gewerbegebiet und alles dafür tun, dass die Leute dann rotieren und sich innerorts integrieren. Er gab die Ablehnung der ALP.

BGM Schmitt erläuterte, dass wenn man bis Ende 2016 fertig sein wolle, man Anfang 2016 mit dem Bau beginnen müsse. Um die Bauantragsplanung und die Ausführungsplanung sowie Ausschreibungen vorher durchführen zu können, sei ein Start zum jetzigen Zeitpunkt dringend erforderlich. Ob zukünftig

mehr Gärten in Anspruch genommen werden sollen, entscheide letztendlich der Gemeinderat. Es ist aber seitens der Verwaltung nicht vorgesehen.

Mehrheitlich angenommen mit 14 Ja-Stimmen von CDU, PL, GLP und BGM, bei 5 Gegenstimmen von SPD und ALP.

TOP Ö 3

Einführung eines Bürgerbusses

Die Vorbereitungen zur Einführung des Bürgerbusses, dessen Start für Anfang 2016 geplant ist, sind mittlerweile so weit fortgeschritten, dass die Beschaffung des Fahrzeuges ansteht. Dem Bürgerbusverein liegt ein Angebot für einen modifizierten Mercedes Benz Sprinter 313 CDI über 94.047 € vor. Nach Abzug des Zuschusses durch die L-Bank in Höhe von 22.500,00 € verbleiben Kosten in Höhe von 71.547,00 €. Die entsprechenden Mittel sind im Haushalt 2015 bereitgestellt.

Es ist vorgesehen, dass der Bürgerbusverein das Fahrzeug beschafft und die Gemeinde einen Investitionszuschuss in Höhe von 100 % an den Bürgerbusverein leistet.

Ein eventuell zu gewährender Kreiszuschuss nach den gültigen ÖPNV-Förderrichtlinien des Rhein-Neckar-Kreises wird beantragt.

GR Sigrid Schüller verließ vor Behandlung des TOP das Gremium.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) fragte, ob vorgesehen sei, dass die Gemeinde den Verein unterstützt, um an günstige Konditionen für den Versicherungsschutz zu kommen. Dies wurde von BGM Schmitt bejaht.

GR Gerhard Waldecker (PL) fragte, wann damit zu rechnen sei, dass der Verein eingetragen wird? Frau Schüller sagte, dass es für Oktober geplant sei, allerdings noch die Mitteilung ans Registergericht fehle.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sprach Punkt 2 des Beschlussvorschlags an und sagte, dass dies ja auch Haltestellen beinhalten müsse. Hierauf müsse der Gemeinderat Einflussmöglichkeit haben.

GR Dr. Ulrike Klimpel-Schöffler (PL) fragte, wie viele Fahrer man schon habe? Frau Schüller sagte, dass es ca. 15 Personen sind, man mind. 20 besser sogar 30 Fahrer bekommen möchte. Es stünden noch Aktionen zur Fahrerwerbung an.

GR Dr. Arno Neidig (CDU) sagte, dass mit der Beschaffung des Busses das Projekt einen entscheidenden Schritt weiter komme. Es sei ein gutes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement. Er sprach den Aktiven ein großes Lob aus! Er gab die Zustimmung der CDU.

GR Gerhard Waldecker (PL) sagte, dass hinlänglich bekannt ist, dass die PL ursprünglich ein anderes Modell favorisiert habe, man sich mittlerweile aber dem Vorredner voll anschließen könne. Entscheidend für die PL war, dass nunmehr zum einen das Gewerbegebiet angefahren wird und zum anderen der Bus von Montag bis Freitag jeweils den ganzen Tag fahren wird. Insbesondere Frau Schüller habe das Projekt entschieden vorangebracht. Der Bürgerbus werde Plankstadt voranbringen und man müsse zu gegebener Zeit evaluieren, ob alles gelungen ist. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) sagte, dass man hier ein beispielhaftes Zeichen von Bürgerinitiative und Bürgerverantwortung gesetzt habe. Er sprach seinen Dank an die Verantwortlichen aus und gab die Zustimmung der SPD.

GR Thomas Burger (GLP) sagte, dass er sich seinen Vorrednern anschließen könne. Der Bürgerbus sei ein Beispiel dafür, dass der GR Themen gemeinschaftlich voranbringen kann. Nun hat man klare Formen für den Bürgerbus. Er gab die Zustimmung der GLP.

GR Ulf-Udo Hohl (ALP) sagte, dass dies eine gute Sache sei, die woanders auch funktioniere. Also ginge es in Plankstadt auch. Er sprach einen großen Dank an die Engagierten aus, insbesondere Frau Schüller und Frau Wacker und gab die Zustimmung der ALP.

Frau Schüller sagte, dass der Bürgerbusverein 2014 geruht habe und nun aber „Fahrt aufnimmt“. Sie sprach Lob an die Herren Hamm, Schleich, Kistner, List, Neidig und Frau Schneider aus.

Einstimmig angenommen.